

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Der Bundesrath beschloß am 2. Juli die Annahme des vom Reichstage vorgeschlagenen Gesetzentwurfes wegen Beseitigung des Weilenmaßes.

Die Frage des Musterrechtes ist in der letzten Zeit wieder mehrfach in Anregung gekommen. Es haben sich rheinische, bayerische und sächsische Handelskammern sehr lebhaft mit derselben beschäftigt. Im Elsaß ist das dringende Verlangen ausgesprochen worden, daß eine Einrichtungsmaßnahme in Folge der französischen Gesetzgebung dort besteht und welcher die weit vorgeschrittene Industrie einen wesentlichen Einfluß auf ihre anerkannt tüchtigen Leistungen zuschreibt, im ganzen Deutschen Reich die gesetzliche Erlange. Das Kellerei-Collegium der Berliner Kaufmannschaft hat sich veranlaßt gesehen, der Frage näher zu treten, da sich auch in ihrem Bezirke Gewerbe befinden, welche bei derselben lebhaft interessiert sind. Das Collegium konnte sich die Nothwendigkeit nicht verhehlen, die ein gesetzlicher Schutz neuer Muster und Formen gegen Nachahmung für die deutsche Kunst- und Textil-Industrie, soweit dieselbe noch auf schnelle und gut organisirte Nachbildung der in anderen Ländern geschaffenen neuen Muster und Formen basirt ist, mit sich bringen wird, sieht aber keinen anderen Weg, um die bei uns zahlreich vorhandenen Reime und Anlagen einer selbstständigen Kunst-Industrie zu entwickeln und dadurch unsere Kunst- und Textil-Industrie auf eine höhere Stufe zu heben, als daß man den vorhandenen Talenten einen gesicherten Wirkungskreis schafft und denjenigen, die sich auf Produktion neuer Formen und Muster legen, eine lohnende Existenz sichert. Ein richtiges Mittel dazu sei jedenfalls der Musterchutz.

Während in Preußen die katholischen Bischöfe jede Mitwirkung bei der Ausführung der kirchenpolitischen Gesetze ablehnen, hat der evangelische Oberkirchenrath neuerdings die ihm untergeordneten Consistorien mit einer Instruction versehen, welche von dem Geiste des entschiedensten Entgegenkommens dictirt ist. Am Schlusse der Einleitung des ausführlichen Erlasses spricht er die zureichende Erwartung aus, daß die Behörden und Diener wie die Mitglieder der evangelischen Kirche, eingedenk der seit der Reformation her bestehenden und innerlich wohl begründeten Stellung der deutschen evangelischen Kirchen zur Staatsgewalt, auch zu der Durchführung dieser durch allgemeine politische Verhältnisse ins Leben gerufenen Gesetze, soviel an ihnen ist, ohne Widerstreben und bereitwillig mitwirken werden.

Die ultramontane „Köln. Volks-Zeitung“ bringt an der Spitze ihres Blattes die authentisch belegte Mitteilung, daß die Regierung zu Köln die Schulvorstände durch die Landraths-Konferenz hat benachrichtigen lassen, die „Köln. Volks-Zg.“ könne, wegen ihrer einseitigen Richtung und wegen ihrer geringen Verbreitung unter den Lehrern nicht als ein zur Ausbreitung erledigter Schulstellen geeignetes Blatt bezeichnet werden. Werde die Ausbreitung einer Schulstelle in einer provinziellen Zeitung für zweckmäßig erachtet, so sei dazu in Zukunft wegen ihrer weiten Verbreitung die (national-liberale) „Köln. Zg.“ zu benutzen.

Der „Neuen Frankf. Presse“ schreibt man aus München, 1. Juli: Alle die kleinen Ereignisse, welche die jüngste Zeit in Bayern hervorgebracht, besitzen zwar nicht den Rang politischer Thatfachen, aber es sind nun mindestens politische Symptome, welche zeigen, was die öffentliche Meinung denkt. Faßt man dieselben zusammen, so ergibt sich, daß die Bevölkerung Bayerns unendlich mehr Energie in den inneren Fragen zeigt als die Regierung selbst, und daß gewissermaßen die öffentliche Meinung das Bedürfnis fühlt, durch unabweisbare Manifestationen den Mangel an Entschiedenheit aufzuwiegen, den die herrschenden Kreise zeigen. Rechnet man mit diesem Elemente, so stehen die inneren Verhältnisse Bayerns durchaus nicht so kritisch, wie es nach Außen den Anschein gewinnen könnte, denn mit jeder Stunde wächst das Bewußtsein des Bürgerthums, welche Willen es für die Fortentwicklung unserer Zustände zu erfüllen hat, und der Rath, diesem Bewußtsein auch thätige Folgen zu geben. Wir erinnern nur an das lächerliche Auftreten der Regensburger Bürger gegen die Verkümmern der Gewissensfreiheit, als man vor einigen Wochen protestantische Soldaten zwang, zur Verberrlichung des specifisch katholischen Fronleichnamsfestes mitzuwirken; an die Energie, mit welcher die Hochschule Münchens bei Gelegenheit ihres vor Kurzem abgehaltenen Stiftungsfestes die volle Verfreiheit verlangte; an die rege Theilnahme, die jeder antiklerikale Schritt in den größeren Gemeinden Bayerns findet. Verfährt die Regierung auch nur mit einigem Geschick, d. h. will sie die moralische Autorität der liberalen Partei für ihre Maßregeln in Anspruch nehmen, so steht eine Macht hinter ihr, die allen Intriguen der kirchlichen Elemente gewachsen ist. Zur Stunde mag es noch in ihrem Bestehen stehen, ob sie der einen oder anderen Seite die Hand reicht, aber der Augenblick der Entscheidung ist jedenfalls durch die Stimmung oder besser die Berstimmung, die in Bayern herrscht, beträchtlich näher gerückt. Wie wir erfahren, wird der Landtag Anfangs October berufen werden, um die verfassungsmäßige Budgetvorlage entgegenzunehmen, dann

aber wird sofort dessen Vertagung ausgesprochen, damit die beim Reichstage engagierten Deputirten nicht am Erscheinen in Berlin verhindert werden.

In der in München am 30. Juni eröffneten Schwurgerichtssitzung für Oberbayern betonte der Präsident, Oberappellationsgerichtsrath von Müller, in seiner Ansprache an die Geschworenen u. a., daß seit der Einführung der Schwurgerichte in Bayern nunmehr fast 25 Jahre verlossen sind. Das Vertrauen in die Geschworenengerichte während dieser Zeit sei stets ein reges gewesen, und wenn das vielleicht nicht mehr ganz so sei wie früher, so liege es nicht im Bewußtsein vom 10. November 1848, sondern in der neueren Gesetzgebung. Eine Gefahr tauche auf in der beabsichtigten Einführung von Schöffengerichten. Dagegen werde sich jedoch ganz Süddeutschland erheben wie ein Mann. Zum Schlusse erwähnte Redner die Geschworenen, durch Pflicht getreue Wahrung ihres Amtes die Popularität der Schwurgerichte zu mehren und zu stärken.

In Bezug auf den Ausfall der Wahlen in Elsaß-Lothringen bemerkt die ministerielle „Provinzial-Correspondenz“: In hohem Grade überraschend ist die Größe der Niederlage, welche die französische Agitationspartei in dem allergrößten Theile der ländlichen Wahlbezirke erfahren hat. Je weiter von den großen Städten entfernt, desto sachlicher und verständiger wurden die Wahlen ausgeführt. Dieses Ergebnis ist um so höher anzuschlagen, als sich die ultramontane Partei in den Reichslanden mit der französischen Partei verband, und die Geistlichkeit ihren Einfluß größtentheils zu Gunsten der Wahlhaltung geltend machte. Der Ausfall der Wahlen ist unter solchen Verhältnissen vor Allem ein Zeugniß für den gesunden praktischen Sinn des elsass-lothringischen Volkes, welches, unbeeinträchtigt durch alle politischen Wirbel, fast überall Männer gewählt hat, denen der gute Willen und die Einsicht zuträut, seine unmittelbaren Interessen auch unter den neuen Verhältnissen erfolgreich wahrzunehmen. In solchem Sinne allein wird die Regierung der Reichslande gewiß die Wahlen auffassen und willkommen heißen: nicht als einen Sieg des Deutschthums oder auch nur einer bewußt deutschfreundlichen Stimmung, dazu ist es zu früh — wohl aber als die Befestigung einer selbstständig elsass-lothringischen Stimmung, welche entschlossen ist, auf dem Boden der Thatfachen das Wohl und Interesse des Landes ernst wahrzunehmen; somit zugleich als eine entschiedene Abwendung von der französischen Wählerlei, welche die Geschäfte Elsaß-Lothringens fort und fort in die politischen Wirren und Gefahren Frankreichs hineinzuziehen bestrbt ist. Das Ausbleiben einer wirklich deutschen politischen Stimmung mag man getrost der Zukunft überlassen. Für jetzt können wir uns freudig daran gemäßen lassen, daß bei den letzten Wahlen eine elsass-lothringische Partei die französische Partei gründlich geschlagen hat — unverstehlicher als je dürfen wir der Zeit entgegensehen, wo aus der elsass-lothringischen eine wirklich deutsche Reichspartei hervorgeht wird.

In Bern ist der erste thatsächliche Schritt zur Ausführung des projectirten allgemeinen europäischen-nordamerikanischen Postvereins-Vertrages geschehen. Im Austrage ihrer Regierung hat die dortige deutsche Gesandtschaft dem Bundesrath schon bereits einen Entwurf zu einem solchen Vertrage unter der Antrage mitgetheilt, ob er damit einverstanden, daß der internationale Congress, dem er zur näheren Verabredung, an dem definitiven Abhluß vorgelegt werden soll, zu Bern stattfindet. Der Bundesrath hat sich nicht nur damit durchaus einverstanden erklärt, sondern auch noch seine vollständige Befriedigung über die Wahl der Bundesstadt zum Congressorte ausgesprochen. Den übrigen europäischen Staaten sowie den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird von der deutschen Regierung der Entwurf jetzt ebenfalls mitgetheilt werden und unmittelbar darauf wird dann seitens des Bundesraths die förmliche Einladung an die Regierungen zur Beschickung des Congresses erfolgen. Der Congress wird spätestens bis 1. Sept. d. J. abgehalten werden.

Die amtliche spanische Zeitung räumt ein, daß die Regierung geneigt ist, vorläufig die Zinszahlung zu suspendiren. Die am 1. Juli fälligen Coupons können zwar eingereicht werden, doch soll der Zeitpunkt der Einlösung erst noch bekannt gemacht werden. — In Sevilla werden neue ernste Unruhen erwartet.

Der Fall von Khiva veranlaßt die „Span. Zg.“ zu folgenden Betrachtungen: Der letzte selbstständige Staat Mittelasiens ist gedemüthigt und zertrümmert, den Muhamedanern der Steppe ist gezeigt worden, daß gegen den Horn der weichen Garen keine Macht der Erde schützt. An den asiatischen Höfen ist man geschult genug, um den unersöhnlichen Gegensatz zwischen der russischen und der englischen Politik bezüglich jenes Welttheils zu kennen. Wenn die Staaten jetzt Khiva haben fallen sehen, so beweist ihnen dies vor Allem, daß der Stern Englands in Asien im Erbleiden ist. Abgesehen von der moralischen Tragweite des Erfolges ist aber auch seine materielle bedeutend. Mit Khiva fiel das letzte unabhängige Bollwerk zwischen Rußland und Afghanistan, der besiegte Khan wird künftig so gut ein russischer Vasall sein wie der Emir von Buchara, und bis an die Pforte von Herat, das Thor Ost-

indiens, reicht jetzt der russische Machtinfluß. Dem Kaiser von Rußland sind wieder einige Hunderttausend Muhamedaner mehr unterthan, und bei der Agonie der Türkei und Persiens ist der Augenblick nicht mehr fern, wo der Czar, unter dessen Fahnen schon jetzt viele Beihülfs-tausende muhamedanischer Krieger dienen, der größte muhamedanische Kriegsfürst sein wird. Die beinahe peinliche Sorgfalt, mit welcher das gegen die ebangeliische wie gegen die römisch-katholische Kirche wenig tolerante Rußland jede Verletzung der muhamedanischen Religion scharf und bestraft, ist einer der weittragendsten Pfeile in dem Köcher der russisch-asiatischen Politik. England aber ist einmal wieder um eine verabsäumte Gelegenheit reicher. Die leitenden Londoner Blätter haben darin Recht, daß — abgesehen von dem erschütterten Glauben der indischen Muhamedaner an die alleinige Herrschergewalt Englands — die directe Gefahr für ihre ostindische Herrschaft noch weit entfernt ist. Rußland wird von Khiva aus keinesfalls weiter vor- und wird wahrscheinlich sogar zunächst wieder scheinbar zurückgehen, wenigstens entspricht dieses scheinweise Umschlagreifen zugleich der Tradition und den Bedürfnissen Rußlands. Es kann bis zum Ende dieses Jahrhunderts und länger dauern, bis der Doppeladler von Bhang und das Kreuz von St. Georg sich an den Bergpässen von Herat direct und militärisch gegenüberstehen, wie vor bald zwanzig Jahren auf den zerfissenen Geraden von der Alma und Inkerman. Das Alles aber hindert nicht, daß die russische Politik in Asien eine gewaltige Etappe weiter vorge- und daß der seit Menschenaltären erste politische Zusammenstoß in Mittelasiens zwischen Rußland und England entschieden zu Ungunsten des letzteren ausgefallen ist!

Politische Monatschronik 1873.

VI. Monat Juni.

Fortsetzung aus Nr. 178.

1. Ankunft des Kaisers Alexander II. von Rußland in Wien zu einem Besuch am kaiserlich österreichischen Hofe. — Circular des französischen Ministeriums des Innern, Deule, an die Präfecten constatirt die neue Regierung als eine Regierung der Ruhe und Ordnung und fordert die Präfecten auf, in gleichem Sinne in ihren Departements die Verwaltung zu führen (siehe den 24. Mai). — Eröffnung der constituirenden Cortes in Spanien; Drense zum Präsidenten derselben gewählt (siehe den 10. Mai). — Entnahme von Rangai (in China) durch die Russen unter General Kaufmann.

2. Protest der Generale und Generalprocuratoren der in den ehemaligen Provinzen des Kirchenstaates bestehenden geistlichen Orden gegen die Ausführung des Klostergesetzes (siehe den 27. Mai).

3. Wiederabreise des Königs Leopold II. von Belgien von Wien (siehe den 23. Mai).

4. Katholische Synode in Köln; Professor Hubert Reulens (aus Oestrich) zum Missionarbischof der Katholiken gewählt. — Circular des französischen Ministers des Innern, Deule an die Präfecten, beauftragt dieselben zu strenger Beaufsichtigung, resp. Beeinflussung (und zwar mit allen Mitteln, selbst durch Beschuldigung der Presse (siehe auch den 1.)) — Gefecht an der Brücke von Endarsaja bei Iran (Guirusea), Sieg der Carlisten über die Regierungstruppen. — Erz-bischof Loos von Utrecht, das Haupt der (mit den Katholiken verwandten) jansenistischen Kirche, stirbt in Utrecht.

5. Beginn der Abzahlung der 5. Milliarde der französischen Kriegsschuld an Deutschland (siehe den 13. Mai). — Rückkehr des Prinzen Napoleon nach Paris (siehe den 29. März). — Entlassungsgeld des belgischen Kriegsministers, General Lhebauld (siehe den 3. März). — Tod der Fürstin von Lequien, zweite Gemahlin des Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen, in Bad Homburg. — Desgl. des früheren Ministerpräsidenten von Italien, Rattazzi, des Führers der demokratischen Regierungspartei zu Frosinone. — Abschluß eines Vertrags zwischen dem englischen Abgesandten Sir Harle Frère und dem Sultan von Janjibar, zur Abschaffung des Sklavenhandels. — Die Stadt Podolin (Ungarn) durch eine Feuerbrunst zerstört.

6. Prinz Albrecht von Preußen, Brudersohn des Deutschen Kaisers, Admiral der deutschen Flotte, stirbt in Karlsbad. — Aufstand in Granada; die daselbst lebenden Garabiniers müssen ihre Waffen dem Volke ausliefern. Desgl. ausländische Bewegungen unter den gegen die Carlisten im Felde stehenden Truppen des Generals Belarde.

7. Wiederabreise des Schah's Nasreddin von Persien von Berlin, zunächst nach Wiesbaden (siehe den 31. Mai). — Desgl. des Kaisers Alexander II. von Rußland von Wien nach Bad Ems (siehe den 1. d. M.). — Nachdem die spanischen Cortes sich constituirten (siehe den 1. d. M.), wird Drense von Neuem zum Präsidenten gewählt und legt die Regierung ihr Amt in die Hände der Cortes nieder; P. Margall wird mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, in der Versammlung selbst werden Anträge auf Constituirung einer föderirten, als wie auch einer demokratischen Republik gestellt. — Bedeutende Volkserreife in Dublin.

8. Herr v. Reubell (deutscher Reichsgesandter

am italienischen Hofe) überreicht dem König Victor Emanuel seine Creditive. — Kaiser Franz Joseph v. Oesterreich empfängt die japanische Gesandtschaft (siehe den 13. Mai). — Ankunft des Schah's Nasreddin von Persien in Wiesbaden (siehe den 7.). — Mit 210 gegen nur 2 Stimmen constituiren die spanischen Cortes die liberale Republik; Bildung einer neuen Regierung bestehend aus P. Margall, Präsident und Minister des Innern, Palanca, Minister der öffentlichen Arbeiten, Gerbera, Minister des Außern, Pedregal, Justizminister, Esterbanes, Kriegsminister, Sorni, Colonialminister, Cardagal, Finanzminister, Drense, Marineminister (siehe den 7.).

9. Schluß des norwegischen Storting's. — Volkserreife in Frankfurt.

10. Das gesammte spanische Cabinet reicht (in Folge finanzieller Differenzen mit den Cortes) bereits seine Entlassung wieder ein (siehe den 8.). — General Chanzy zum General-Gouverneur von Algerien ernannt. — Fernan der Sultan an den Kheidive (Vizekönig) von Aegypten erneuert alle früher begebenen Rechte, gewährt ihm Unabhängigkeit in der Verwaltung des Landes und gestattet Vermehrung der Armee. — Entnahme der Hauptstadt Chitwa durch die Russen unter General Kaufmann. (Der Feldzug der Russen gegen Chitwa ist damit zum glücklichen Ende gelangt.)

11. Ankunft des Kaisers Alexander II. von Rußland in Bad Ems zum Curgebrauch (siehe den 7.). — Bildung eines neuen spanischen Ministeriums (dessen Mitglieder zur Hälfte der rechten, zur Hälfte der linken Seite der Cortes entnommen sind) bestehend aus P. Margall, Präsident und Minister des Innern, Esterbanes, Kriegsminister, Sorni, Colonialminister, Kurich, Marineminister, Raro, Minister des Außern, Dabico, Finanzminister, Gonzalez, Justizminister, Benot, Minister der öffentlichen Arbeiten (siehe den 10.). — Abschluß eines Handels- und Schiff-fahrtvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Persien.

12. General Radmirault, Gouverneur von Paris, beantragt bei der Nationalversammlung die gerichtliche Verfolgung des in Lyon zum Tode verurtheilten früheren Gemeindegliedes Napoleons von Paris (siehe den 5.).

13. Von den spanischen Cortes Nicol Salmeron zum Präsidenten gewählt. In dem an diesem Tage den Cortes vorgelegten Programm spricht sich die Regierung für Trennung der Kirche vom Staat, Aufhebung der Sklaverei, Reorganisation der Armee aus (siehe den 11.). — Wiederabreise des Schah's Nasreddin von Persien von Wiesbaden, zunächst nach Brüssel (siehe den 7.). — Der rühmlichst bekannte deutsche Historiker, Prof. Friedrich v. Raumer stirbt in Berlin.

14. Entlassung des kurl. Marineministers Riga Pascha; Admet Pascha dazu ernannt. — Gefecht bei Ripoll (Catalonien), die Carlisten unter Saballs von den Regierungstruppen geschlagen.

15. Beschluß des deutschen Bundesraths, an Stelle des Papiergeldes der einzelnen deutschen Staaten ein Reichspapiergeld, pr. Kopf der Bevölkerung 1 Thaler betragend, auszugeben. (Fortsetzung folgt)

Verschiedenes.

Der Chef der Clique im Theater an der Wien, Herr Panoveh, ist vor einigen Tagen an der Wassersucht gestorben. Der Mann spielte eine große Rolle an der Wiener Bühne und hatte ein sehr gutes Einkommen. Die ersten wie die untergeordneten Mitglieder nahmen seine Dienste in Anspruch — eines von ihnen pflegte ihn sogar auf seine Gastspielreisen mitzunehmen — und die Direction selbst fesselte den Mann mit den großen Händen an ihr Theater. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Panoveh ein nicht unbedeutendes Vermögen hinterläßt. Seine „Stellung“ war, wie erwähnt, sehr einträglich und von manchen Mitgliedern — wenn es weibliche waren, auch von deren Verehrern — erhielt er oft sündliche Honorare. In neuerer Zeit gingen die Geschäfte etwas flauer, aber früher, namentlich wenn irgend eine der Damen eine neue Rolle oder gar eine früher von der Weistinger gepflegte Partie bekam, da flogen die Hundertner nur so herum. Unter dem Commando des „Chefs“ standen für gewöhnlich zwanzig, bei besonderen Gelegenheiten, wie erste Aufführungen einer Offenbach'schen Operette u. s. w., vierzig handfeste junge Leute. Das war wenigstens immer die bei Entnahme von Eintrittskarten von Panoveh „officiell“ angegebene Zahl. Eingeweihte behaupten aber, daß ihrer nicht immer so viel waren und daß er die Quantität durch die Qualität zu ersetzen suchte. Sein bisheriger „Generalsecretair“ soll, wie man sagt, zu seinem Nachfolger ernannt worden sein und wird voraussichtlich das Geschäft — wenigstens in Bezug auf die Hände — mit ungeschwächten Mitteln fortführen.

Nach dem Pariser Wetter-Bulletin vom 4. d. M. Temperatur um 7 Uhr Morgens

Ort	am 1. Juli	Ort	am 1. Juli
Wien	+ 17,2	Moskau	+ 15,0
Grünungen	+ 16,8	Petersburg	+ 16,0
Herrn	+ 15,5	St. Petersburg	+ 15,2
Paris	+ 14,7	Stockholm	+ 13,6